

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 25/26, 16. Dezember 1998

rechts

Einblicke

Wachsam bleiben

Von Ottmar Schreiner

Im Jahr 1999 sind das Europaparlament, sieben Landtage und Kommunalvertretungen in zehn Ländern neu zu wählen. Alle Wahlkämpfe werden uns wieder eine dauerhafte Auseinandersetzung mit den Rechtsextremen bringen.

Im Wahljahr 1998 gab es zwei gegenläufige Tendenzen. Zuerst der Schock, als die aus München ferngesteuerte DVU mit fast 13 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog. Später folgte Aufatmen, weil die untereinander zerstrittenen Rechts-Parteien bei der Landtagswahl in Bayern und bei der Bundestagswahl deutlich unter der Fünf-Prozent-Marke blieben. Die einen waren beruhigt und sagten: Gut so, wir haben die rechte Gefahr im Griff. Die anderen blieben skeptisch und warnten: Wir müssen wachsam bleiben.

Bedenklich ist jedenfalls das Argument, die demokratischen Parteien hätten „erfolgreich“ dafür gesorgt, daß die Rechtswähler „aufgesogen“ oder „integriert“ worden seien. Alle Parteien, die dies von sich behaupten, müssen acht geben, daß aus ihnen heraus keine Parolen verbreitet werden, die auf rechtsextrem angehauchte Wählerinnen und Wähler anziehend wirken. Und auch ohne entsprechende Wahlergebnisse bleibt das „Rechts-Sein“, zum Beispiel als rechtsextreme Ästhetik in Jugendkulturen, eine gesellschaftliche Gefahr.

Die Bundesregierung hat die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt erklärt. Wir müssen uns besonders um das Potential an Rechtswählern unter den jungen Männern kümmern. Es wird derzeit schon bis zu 20 Prozent geschätzt und kann, wenn Enttäuschungen über die Politik größer werden, rasch noch wachsen.

Also müssen wir sorgfältig aufklären, eindeutig argumentieren und Lösungen anbieten. Und wir werden aufmerksam beobachten, ob es tatsächlich im rechtsextremen Spektrum zu Wahlabsprachen kommt.

Ottmar Schreiner ist Bundesgeschäftsführer der SPD

Eskalation

Beim „Front National“ ist der Krieg zwischen den Anhängern Jean Marie Le Pens und Bruno Mégrets in vollem Gange.

Seite 2 ■

Falscher Klimaschützer

Ein rheinland-pfälzischer Umweltschutzbearbeiter läuft Sturm gegen den angeblichen Schwindel vom Ozonloch.

Seite 5 ■

Ideologischer Wirrkopf

Der Ex-RAFler Horst Mahler bedient sich inzwischen ganz und gar des Vokabulars der extremen Rechten.

Seite 6 ■

„Antiimperialisten“

Die extreme Rechte wirbt um „internationale Solidarität“ mit dem Irak und seinen hungernden Kindern.

Seite 8 ■

Ärger für Glatzköpfe

Brandenburg macht mit seiner mobilen Polizei-Spezialtruppe gewaltbereiten jungen Rechten das Leben ungemütlich.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 16 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Ausland

Krieg in der Partei

Beim „Front National“ eskaliert der vor Wochen offen ausgebrochene Machtkampf zwischen Le Pen und Mégret.

Als „Bewunderer von Onkel Adolf“ hat Bernard Antony, Kopf der katholischen Fundamentalisten innerhalb des FN, die Anhänger des abgestraften Bruno Mégret titulierte. Damit liegt er nicht unbedingt daneben. Und der um den Erhalt seiner Macht kämpfende Jean-Marie Le Pen hatte in einer ersten Reaktion nach Ausbruch der Krise Anfang Dezember von einer „extremistischen, aktivistischen und sogar rassistischen Minderheit“ innerhalb des FN gesprochen, die einen „Mini-Putsch“ geprobt habe. Le Pen hat in diesem Zusammenhang den Namen von Pierre Vial genannt, einer der engsten Vertrauten von Mégret und „Kopf der extremistischen Gruppierung „Terre et peuple““ („Volk und Erde“; der Titel des Zirkels klingt nicht zufällig wie „Blut und Boden“.) Pierre Vial betreibt als Geschichtspräsident an der Universität Lyon III Forschungen über das „Indoeuropäertum“, ist Neuheide und Anti-Christ aus antisemitischen Gründen und vertritt nahezu lupenreine NS-Rassentheorie.

Bruno Mégret wurde am Mittwoch, dem 9. Dezember seine Funktion als Generaldelegierter des FN entzogen. Seine Mitgliedschaft in der rechtsextremen Partei ist seit Freitag suspendiert. Am darauffolgenden Montag sollte das „Politische Büro“, das oberste Führungsgremium der Partei, über seinen Fall sowie den der vier anderen suspendierten, hohen FN-Funktionäre befinden. Hintergrund ist, daß nach ersten Ausschlüssen von Mégret-Anhängern, die den alleinigen Führungsanspruch des 70jährigen Le Pen in Frage gestellt hatten, seit dem 18. November und nach der Entlassung zweier Mégret nahestehender, hauptamtlicher FN-Kader in der ersten Dezemberwoche, Proteste gegen die „diktatorische“ Führung des FN-Chefs ausgebrochen waren. Bei einer Konferenz der 400 führenden Parteifunktionäre am Samstag, den 5. Dezember in Paris war Le Pen ausgebuht worden. Dieser scheint entschlossen zu sein, den ehrgeizigen Anwärter auf seine Nachfolge auszuschalten, solange er dazu noch Zeit hat, und den Konflikt mit rabiaten Mitteln zu lösen. Bei seinem Auftritt vor wenigen Tagen im ostfranzösischen Metz tönte Le Pen martialisch: „Man sagt mir: Gibt es wirklich keine

Verständigungsmöglichkeit? Keine Möglichkeit, Feuer und Wasser miteinander zu vereinen, oder daß Cäsar vergibt? Was mich von Cäsar unterscheidet, dem Brutus sich mit dem Messer in der Hand näherte (...) ist, daß ich mein Schwert ziehe und Brutus töte, bevor er mich tötet.“

Liest man die Erklärung von Jean-Marie Le Pen, welche die Seite 1 der aktuellen Parteizeitung „National Hebdo“ zierte, dann könnte man zunächst an eine Art Flügelstreit zwischen Gemäßigten“, die Allianzen mit den Konservativen zuneigte, und rechtsextremen „Hardlinern“ glauben. So heißt es da: „Es scheint, als ob ich in den Augen bestimmter ehrgeiziger Herren, die zu allem bereit sind, um Karriere zu machen, das einzige Hindernis für fruchtbare Wahlbündnisse mit der Rechten sei“. Beiläufig erinnert der Text auch an frühere Parteimitgliedschaften der Köpfe des „Kriminellen Manövers“ und der „Subversion“, deren Opfer seine Partei sei: „Bruno Mégret, ehemaliger Kader des (gaullistischen) RPR, und Jean-Yves Le Gallou, ehemaliger Kader der UDF“. Die beiden - bisherigen - FN-Kader waren Ende der 70er, Anfang der 80er tatsächlich Führungsmitglieder dieser Parteien. Dort waren sie aber nicht als bürgerliche Demokraten eingetreten, sondern im Rahmen einer Entrismus-Strategie aufgestiegen, den die Denkfabriken der „Neuen Rechten“, GRECE und Club de l'Horloge - deren Reihen Bruno Mégret, Pierre Vial und Jean-Yves Le Gallou entstammen - damals als Form der Kaderpolitik betrieben.

Die politischen Unterschiede zwischen Mégret und Le Pen sind allenfalls taktischer Natur: beide wollen die bürgerliche Rechte „explodieren“ lassen. Doch während Le Pen glaubt, es genüge, den „Verrat“ der Konservativen und Liberalen an der Nation anzuprangern und auf eine große (ökonomische oder politische) Krise zu warten, verfährt Mégret eine im Prinzip intelligentere Analyse. Ohne den FN ins liberale Gesellschaftssystem integrieren zu wollen, spricht er sich für Bündnisangebote an einen sich eventuell herausformenden rechten Flügel des bürgerlichen Lagers aus, als probates Mittel, um letzteres in eine - auf Dauer fatale - Zerreißprobe zu führen. Im eskalierenden Streit sind diese lediglich taktischen Differenzen jedoch längst zur Profilierung in den eigenen Reihen instrumentalisiert worden und dienen als Quelle gegenseitiger Verratsvorwürfe. Vorläufiger Höhepunkt des Parteikrieges dürfte jetzt die Ankündigung der Mégret-Anhänger sein, den Vorsitzenden Le Pen wegen des Mißbrauchs von Parteigeldern zu persönlichen Zwecken zu verklagen.

Bernhard Schmid

Demokratische Initiativen

Recht, nicht Rache

Simon Wiesenthal feiert seinen 90. Geburtstag. Dem unermüdlichen Verfolger von NS-Verbrechern blieb bis heute sein phänomenales Gedächtnis erhalten.

„Die Sonnenblume“, eine Novelle, erzählt von einem jungen SS-Mann, der an grauenhaften Verbrechen beteiligt war, schwer verwundet wird und im Sterben einen Juden um Vergebung bittet. Die Vergebung wird verweigert, weil nur die Verfolgten dazu berechtigt sind. Der Tatsachenroman „Max und Helen“ führt ins ehemals polnische Galizien und schildert das Schicksal eines jüdisch-polnischen Liebespaares. „Krystyna“ spielt gleichfalls in Galizien, wo eine junge jüdische Widerstandskämpferin von der deutschen Besatzung verhaftet und erschossen wird. Alle Bücher sind zart, feinfühlig, einfühlsam, ehrlich, versöhnlich, human. Insofern passen sie zwar nicht zu dem Bild, das Millionen von dem Autor haben. Doch wer ihn kennt, erkennt ihn auch in diesen Büchern: Simon Wiesenthal, geboren vor 90 Jahren, am 31. Dezember 1908 im galizischen Buczacz.

Architektur hat er studiert, Häuser und Schulen wollte er bauen, doch die Nazis durchkreuzten alle Pläne des jungen Mannes. 89 Verwandte verschwinden im Holocaust. Er wird durch zwölf KZ's geschleppt und am 5. Mai 1945 in Mauthausen von US-Soldaten befreit. Sofort bietet er an, ihnen bei der Verfolgung von NS-Verbrechern zu helfen. Sein von Kindheit an phänomenales Gedächtnis macht es ihm möglich, auf einer langen Liste konkret NS-Täter und deren Untaten zu nennen. Die US-Fahnder sind beeindruckt. 1947 eröffnet Wiesenthal mit seiner Frau und anderen Mitarbeitern in Linz ein Dokumentationszentrum, um Unterlagen über das Schicksal von Juden und ihren Verfolgern zu sammeln und für die Justiz aufzubereiten. Später verlegt er das Büro nach Wien.

Bis heute wird darüber gestritten, welche Rolle Simon Wiesenthal bei der Suche nach Adolf Eichmann gespielt hat. Man kann mit einem Satz alle Zweifel beseitigen. Wiesenthal hat verhindert, daß dieser Organisator der „Endlösung“ für tot erklärt wurde, womit die internationale Suche nach ihm nämlich eingestellt worden wäre. Mehr als 1 000 NS-Mörder hat er aufgespürt, er hat wesentlich da-

zu beigetragen, historische NS-Prozesse zu eröffnen. Um nur einige zu nennen: Er hat Gustav Wagner in Brasilien gefunden, den stellvertretenden Kommandanten der Vernichtungslager Treblinka und Sobibor, in den USA ist ihm Hermine Ryan nicht entgangen, 1976 in Düsseldorf die weibliche Hauptangeklagte im Majdanek-Verfahren. Wiesenthal war aktiv bei der Suche nach Karl Silberbauer, der in Amsterdam die Familie Frank (auch Anne) verhaftet hat. Alois Brunner steht noch auf seiner Liste, einer der schlimmsten SS-Mörder in mehreren europäischen Staaten.

■ „Jeder Tag ein Gedenktag“ ■

1988, also mit 80 Jahren, veröffentlichte er seine Erinnerungen mit dem bezeichnenden Titel „Recht, nicht Rache“, die schon nach einem Monat in zweiter Auflage erschienen. Im selben Jahr gab er im Bleicher-Verlag das Nachschlagewerk „Jeder Tag ein Gedenktag“ heraus, das in kaum einer Bibliothek fehlt und das jeder braucht, der sich mit Geschichte und Verbrechen beschäftigt. Wiesenthal weist in dem mehr als 300 Seiten zählenden Werk minutiös nach, was wann und wo an Juden verbrochen worden ist. Nicht ein Tag im Jahr ist frei davon, jeder Tag könnte ein Gedenktag sein. Nie war Wiesenthal rachsüchtig, aber unbittlich, wenn es um Menschenrechte ging und geht. Ob beim Gemetzel im früheren Jugoslawien, in Biafra, in Kongo oder wo auch immer - stets hat Simon Wiesenthal Partei für die Opfer ergriffen. Ob er an seinem Geburtstag etwas anderes tut als sonst, bleibt abzuwarten. Mit Sicherheit wird er aber im neuen Jahr wieder täglich in seinem Büro in Wien sitzen und arbeiten - in einem kleinen Zimmer hinter einem alten Schreibtisch, umgeben von Büchern und Zeitschriften und ohne Computer, weil sein Gedächtnis auch mit 90 Jahren unverändert es mit einem Computer aufnehmen kann.

Heiner Lichtenstein

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint dann wegen der Weihnachtspause wieder am 13. Januar 1999.

Seitenblicke

Beschädigungen

Martin Walser schrieb 1981 in einem Essay über den von den Nationalsozialisten zum Märtyrer der Bewegung stilisierten Freikorpskämpfer Albert Leo Schlageter - er nennt ihn „nationalen Opferfetisch“ - einen Satz, von dem er heute selbst eingeholt scheint: „Wir können mit unserer Geschichte offenbar nur so umgehen: entweder schwarzweißrot und alle drei Strophen von *Deutschland, Deutschland über alles* oder: <Bluthund>, <Mörder>, Faschist.“ Und er fragt: „Darf oder muß der historische und gegenwärtige Bestand in linke und rechte Domänen zerfallen?“

Man mag es für entbehrlich halten, bei Walser nachzulesen, wenn man ihn wegen seiner - aus mehrerlei Gründen verunglückten - Paulskirchenrede meint, verdammen oder verteidigen zu sollen. Gleichwohl hätte man schon in jenem Essay spüren können, wie ihn unsere Art der Vergangenheitsbewältigung - „Bewältigung“ stand in dem Essay kursiv - quälte. Wer damals gewollt hätte, hätte genauso Grund gehabt, bei flüchtigem Lesen Walser mißzuverstehen. Das scheint das Schicksal derer, die im Umgang mit dem Holocaust nicht eingefahrene Pfade laufen. Dem ehemaligen Bundestagspräsidenten Jenninger war es vor exakt zehn Jahren ähnlich ergangen.

Wenn Walsers Rede eins *nicht* war, wie ihm Ignatz Bubis unterstellt, dann war es ein „neuester Versuch, Geschichte zu verdrängen, beziehungsweise die Erinnerung auszulöschen.“ Dies sei ein Trend, von dem Bubis zu recht fürchtet, er sei „neuerdings vermehrt spürbar“. Walser wehrte sich gegen eine nach seinem Eindruck, der von vielen geteilt wird, situationalisierte und damit sinn-entleerte Ritualisierung der Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Dies ist eine dem Schriftsteller Walser gestattete Sorge und man hätte anstatt einander zu diskreditieren, die Chance wahrnehmen sollen, eine notwendige Debatte zu führen. „Versäumte Auseinandersetzung produziert Konfrontation“, hat Walser früher geschrieben. Aus diesem Grunde kann die Äußerung Walsers als hilfreich verstanden werden.

Daß er sich einer Terminologie bedient, die von der extremen Rechten belegt ist - Moralkuile, Faschismuskule - ist zu beanstanden. Dennoch ist der Vorwurf überzogen, Walser habe dem deutschen

Stammtisch nach dem Munde geredet. Gegen eine solche Vereinnahmung, so kann man annehmen, wird sich ein Walser zur Wehr setzen können. Zu bedauern bleibt, daß die Form, wie die Debatte über weite Strecken geführt wird, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten, Revisionisten und den Apologeten des Nationalsozialismus erschwert. Wenn die, die um Verständnis werben, pauschal als latente Antisemiten diskreditiert werden, dann werden Trennlinien zwischen der Demokratie und ihren Feinden brüchig und unklar.

In der Debatte geht es, anders als im Historikerstreit, nicht um den Schlußstrich, den Walser gar nicht annahmte. Es geht um die vor Jahren gefundene Formel von der schicksalhaften Täter-Opfer-Gemeinschaft, die auch bei Elie Wiesel anklingt. Bei der Suche nach dem Ausweg aus der Schuld des Holocaust sind wir Deutschen - egal ob jüdischen Glaubens, Nachgeborene, Eingebürgerte - zu gemeinsamen Aktionen verpflichtet. Es ist zu begrüßen, daß die Zerstrittenen diesen Weg zu gehen, wieder bereit sind.

Klaus-Henning Rosen

**Entspannungen**

Nach Wochen einer unsinnig scheinenden, teilweise mit maßlos groben Worten geführten öffentlichen Debatte beruhigen sich die Gemüter allmählich. Von bedächtigen Vermittlern an einen Tisch gebracht, sind die Streitenden - Martin Walser und Ignatz Bubis - aufeinander zugegangen. Übrig blieben „Kommunikationsprobleme“. Eine mit verletzenden Ausdrücken geführte endlose Streiterei hätte niemandem genützt. Schließlich geht es nicht um Eitelkeiten oder um persönliche Standpunkte zum Umgang mit dem Holocaust, sondern um Erinnern und Aufarbeiten. Wenn diese Diskussion sinnvoll und beispielgebend geführt werden soll, müssen allerdings Umgangsformen gewahrt werden.

Da mit Michel Friedman (s.BNR 21/98), Salomon Korn, Klaus von Dohnanyi, Avi Primor, Richard von Weizsäcker, Elie Wiesel, Walter Jens, Frank Schirrmacher Persönlichkeiten beteiligt waren, die alle etwas Gemeinsames wünschen, nämlich die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen deutschen Vergangenheit zu führen, wäre es schädlich gewesen, mit dem Intellektuellen-Streit in einem Stil fortzufahren, der die guten Absichten belastet.

hll

Grauzone

Popanz Ozonloch

Ein Beamter aus dem rheinland-pfälzischen Umweltministerium läuft Sturm gegen den angeblichen Schwindel von der Klimakatastrophe und publiziert ohne Scheu in rechtsextremen Schriften.

Beim Stichwort Ozonloch sieht Wolfgang Thüne (1943 im damals ostpreußischen Rastenburg geboren) rot.

Ex-Wetterfrosch Thüne, der von 1971 bis 1986 den Wetterbericht des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) moderierte, hat ein Buch mit dem Titel „Der Treibhaus-Schwindel“ (Wirtschaftsverlag Discovery Press, Saarbrücken) verfaßt. Darin behauptet Thüne, das Ozonloch sei ein bewußter Schwindel. Das in die Atmosphäre gepustete Treibhausgas verursache keine Erderwärmung, die Klimaschutzpolitik sei damit für die Katz. Klimaschutzpolitik, so das Fazit des 350 Seiten umfassenden Machwerkes, sei bewußter Schwindel.

Die „erdachte“ Klimakatastrophe übt nach Thünes Weltanschauung im „postsozialistisch-neomarxistischen Strategiekonzept eine Doppelfunktion“ aus. Demnach soll sie „die ‘kapitalistischen Großstrukturen’ zerschlagen und diese als repressive ‘monopolistische Machtstrukturen’ mittels der Devise ‘small is beautiful’ sozusagen ‘atomisieren’.“ Sie soll aber auch, so Thüne, „die liberale Ordnung von innen heraus erschüttern“.

Daß das Ozonloch von kompetenten Wissenschaftlern weltweit als ernstzunehmendes Problem erkannt ist, mußte der Ministerialrat und Diplommetereologe Wolfgang Thüne eigentlich wissen - arbeitet der Mann doch hauptberuflich seit Juni 1990 im rheinland-pfälzischen Umweltministerium und ist Chef des Ein-Mann-Referates „Naturwissenschaftlich-technische Grundsatzfragen der Umweltpolitik“.

Doch Thüne, Beamter auf Lebenszeit, geht es in dem Buch nur vordergründig um den „behaupteten Treibhaus-Effekt“, sondern mehr darum, „die Methoden aufzudecken, mit denen solche erdichteten Horror-Szenarien in unserer medialen Bilderwelt verbreitet werden, um das Volk am Öko-Nasenring herumzuführen“, so heißt es im Vorwort des Verlegers Michael Köhne. Köhne, bekannt als

Initiator des Kettenbriefes „Euro-Stop“ und Wahlunterstützer des rechtspopulistischen „Bundes Freier Bürger“ (BFB), meint: „Es ist also absolut keine Übertreibung, die politische Szene in Deutschland mit einer Seilschaft von ‘korrupten Amigos’ zu vergleichen, die sich hochdotierte Professoren eingekauft und mit teurer Ausrüstung ausgestattet hat, um den Popanz vom Treibhaus wissenschaftlich zu untermauern.“

Beifall gab es dafür auch in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation + Europa“, die Thünes Buch wohlwollend rezensierte.

Publizistisch war und ist Thüne, der im November als Stellvertretender Sprecher der revanchistischen „Landmannschaft Ostpreußen“ im Amt bestätigt wurde, u.a. für die Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (z.B. „Horror-Prognosen: Der große Klima-Bluff“ vom 14. November ‘98) und die Zeitung „Zeit-Fragen“, dem Sprachrohr der Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) sowie für „Criticon“ tätig. Aber auch für das antisemitische Hetzblatt „Code“ schwang er schon die Feder. In seinem Beitrag mit dem Titel „Das nördliche Ostpreußen - eine kulturelle Wüste“ bejubelte er die Regermanisierung im Großraum Kaliningrad und ging der Frage nach, „welches Entwicklungspotential im nördlichen Ostpreußen wirklich steckt“.

In regelmäßiger Wiederkehr verschickt Thüne ebenso Grußbotschaften anlässlich der Jahresversammlungen des rechtsextremen „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“. Der vom Verfassungsschutz beäugte Verein gehört zum Imperium des Verlegers Dietmar Munnier (Lesen+Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH, Arndt-Verlag-u.Buchdienst + Europa-Buchhandlung, Orion-Heimreiter Verlag). In einer seiner Grußworte schreibt Thüne: „Meinen tiefempfundenen Dank für die Arbeit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Gerade auf die Zukunft unserer Heimat Ostpreußen zu setzen, das unterscheidet Optimisten von Pessimisten, die sich zu gerne aus Trägheit in die Resignation flüchten und dem Unrecht beugen.“

Auch im Sammelband „50 Jahre Vertreibung“, den der rechtsextreme Publizist Rolf-Josef Eibicht (DVU-Bundestagskandidat 1998) im revisionistischen „Hohenrain-Verlag“ herausgegeben hat, ist Thüne vertreten. Weitere Autoren sind neben ihm der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey und der Ex-REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber.

Anton Maegerle

Hintergrund

Ideologie-Wirrwarr

Der Ex-RAFler Horst Mahler hat sich inzwischen ganz und gar der Diktion der extremen Rechten verschrieben.

In den letzten Monaten ist er als Lobredner von Günter Rohrmoser und mehr oder weniger regelmäßiger Autor in der „Jungen Freiheit“ hervorgetreten. Die von der neuen Bundesregierung geplante Änderung im Staatsbürgerschaftsrecht nimmt Horst Mahler, einstmals einer der Gründer der Roten Armee Fraktion, zum Anlaß zu einem Coming Out. Im Internet veröffentlichte er eine „Flugschrift an die Deutschen, die es noch sein wollen, über die Lage ihres Volkes verfaßt im November 1998“ (Hier zitiert nach der Internet-Fassung. Alle Fehler im Original). Darin übernimmt er voll das einschlägige Vokabular seiner neuen Freunde - Landnahme, Volkskörper, Holocaust-Gedächtniskult, Umerziehung, Überfremdung:

„Die politische Klasse spielt mit dem Feuer? Kann das deutsche Volk den Frieden noch retten?“ So hebt Horst Mahler an. Rettung des Friedens? Gemeint ist wohl die Drohung mit einem Bürgerkrieg. Mit Berufung auf einen Beitrag des Verfassungsrechtlers Rüdiger Zuck in der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ (13(1998) sagt Mahler voraus: „Die einheimische Bevölkerung wird (...) zunächst in den großen Städten und schließlich im Landesdurchschnitt in die Minderheit geraten“. Dies ist für Mahler eine apokalyptische Vision: „Wie sich das anfühlt, ist jetzt schon in Berlin-Kreuzberg zu erfahren. In diesem Stadtteil hat sich die ‘Migration’ regelrecht zur Landnahme ausgewachsen.“

Mahler argumentiert auf der Linie eines kulturalistischen Rassismus und in Anlehnung an Alain de Benoist. Da braucht man den Begriff ‘Rasse’ nicht in den Mund zu nehmen:

„Dort belehrt der bloße Augenschein auch darüber, daß das Wort ‘Ausländer’ in der Debatte fehl am Platze ist. Er bringt nämlich wesentliche Unterschiede, auf die es hier ankommt, zum Verschwinden. Für das Zusammenleben mit Fremden hängt sehr viel von der kulturellen Nähe bzw. von der kulturellen Differenz ab, d.h. ‘Fremdheit’ ist nicht nur qualitativ bestimmt sondern auch quantitativ: es gibt unterschiedliche Grade der Fremdheit. Die Integration von Ausländern aus dem

christlichen Kulturkreis ist weniger problematisch. Wesentlich schwerer fällt die Integration der Zuzügler aus der islamischen Welt. Sie bilden aber die bei weitem stärkste Gruppe.“

Laut Mahler drohe eine Entwicklung, die eine „humane und friedliche Lösung“ nicht mehr zulasse: „Die Politiker, die diese Entwicklung hinnehmen, gar noch fördern, wissen nicht, was sie tun. Das in Aussicht gestellte neue Staatsbürgerrecht könnte den Weg für eine relativ humane und friedliche Lösung dieses Problems endgültig verschütten. Es eröffnet eine Einwanderungsschleuse, die nicht mehr zu schließen ist. Wir werden in ein paar Monaten ein bis zwei Millionen Deutschtürken haben. (...) Eine Begrenzung dieses Wachstums mit rechtlichen Mitteln ist dann nicht mehr möglich. Mein Rechtsgefühl sagt mir, daß eine so einschneidende Veränderung des Volkskörpers und seiner Wachstumsbewegung nicht durch einfaches Gesetz zu machen ist...“

Was hindert die Deutschen schließlich daran, den drohenden Untergang abzuwenden? Natürlich - die Umerziehung und der „Holocaust-Gedächtniskult“. „Das Bild, das man sich von uns macht, changiert wie in einem Hologramm: blutrünstige Bestien und kosmopolitische Lämmer - je nach Bedarf, um uns als Volk und Nation auszulöschen.

Der intellektuelle Morgenthau-Plan hätte uns als Volk umgeschaffen: in ein Volk ohne Gott also ohne Hoffnung auf Gnade und Vergebung, ohne Willen zur Nation, ewig in gebückter Haltung, schuldbewußt im Büßergewand, (...) zur Hergabe der Heimat bereit.“

„Der verordnete - und jetzt sogar strafrechtlich geschützte Holocaust-Gedächtniskult ist verwurzelt in der Umerziehungsideologie, die den Deutschen als Folge ihrer militärischen Niederlage von den westlichen Besatzungsmächten übergestülpt worden ist.“ Drahtzieher waren für Mahler der Neo-Freudismus, die Frankfurter Schule - und die Juden:

„Mit den amerikanischen Truppen kamen 1945 auch die Soldaten der psychologischen Kriegsführung nach Deutschland. Es waren überwiegend dem Neo-Freudismus anhängende Psychologen und Soziologen. In der Nachfolge von Karl Abraham, aber auch der Väter der Frankfurter Schule (...) führten sie das ‘Phänomen’ des Hitlerismus im deutschen Volke auf den ‘autoritären Charakter’ der Deutschen zurück. Diese Doktrin war im Mai 1944 vom American Jewish Congress als maßgebliche Interpretation des Zeitgeschehens in Europa approbiert und auf diese Weise in den USA zur herrschenden Lehre geworden. In Deutschland durften

nach der Niederlage nur von den Besatzungsmächten lizenzierte Persönlichkeiten sich öffentlich äußern. Mit ihrer Lizenz-Politik haben die Alliierten sicher gestellt, daß die von der American Jewish Conference approbierte Deutung über die Medien auch in Westdeutschland die kulturelle Hegemonie erlangte, bis heute.“

Für Mahler war es „Ziel der Umerziehung (...), den Charakter der Deutschen zum Wohl der Mehrheit der Männer und Frauen, die außerhalb Deutschlands leben, umzuformen.“

„So wie im Mittelalter die Sieger die Burgen ihrer besiegten Gegner schleifen ließen, so ließ die westliche Siegesmacht (...) das Nationalbewußtsein, die letzte Feste für den Widerstand gegen das Regiment des globalen Spekulationskapitals, schleifen.“

Deutschland tritt laut Mahler nun zur Zerstörung des restlichen Europas und zum Vorreiter der US-gesteuerten Globalisierung auf den Plan:

„Wir (sind) zu einem Labor geworden für den Versuch, eine große Nation ‘friedlich’ einzuschmelzen. Das so entstehende Gebilde wird das ‘trojanische Pferd’ innerhalb der Mauern des europäischen Nationenverbandes. Den Deutschen, die bald schon gar kein Volk mehr sind, fällt die Aufgabe zu, Europa zu denationalisieren, d.h. dem Finanzkapital restlos auszuliefern.“

Für Mahler wird es höchste Zeit, daß sich die Deutschen gegen die „Überfremdung“ wehren:

„Ich wage die Voraussage, daß sich jene Widersprüche auch nicht dadurch lösen lassen, daß die Europäer, voran die Deutschen, ihre Heimat den Asiaten überlassen. Ein Experiment in dieser Richtung würde das Abendland auslöschen.“

„Die Überfremdung ist eine Gefahr, die sich mehr und mehr in einem entsprechenden Gefühl bemerkbar macht. (...) Diese Gefühle sind ein Frühwarnsystem. (...) Daß diese Gefühle immer häufiger sich in haßvoller Gewalt äußern, ist nur Ausdruck von Hilflosigkeit der Täter und eine Folge des Versagens der politischen Klasse in unserem Lande. (...) Aber nicht die politische Klasse ist zu schelten, sondern die Passivität der Deutschen, die sich von dieser Klasse noch repräsentieren lassen. Die Deutschen, wenn sie sich als solche erhalten wollen, müssen bevor sie der Fremdenhaß übermannt, parteiunabhängig und parteiübergreifend in Bewegung kommen.“

Mit solch rabiaten Aussagen dürfte Horst Mahler wohl künftig selbst für die „Junge Freiheit“ untragbar sein. Aber es gibt ja noch weiter rechts stehende Blätter.

Stefan Jacoby

Hintergrund

„Antiimperialismus von rechts“

Die extreme Rechte entwickelt Solidaritätsbekundungen mit Staaten wie dem Irak. Einer der maßgeblichen Gründe ist dessen Feindschaft zu den USA.

Nunmehr zwölf Jahre ist es her, daß der Papst der „Neuen“ Rechten, Alain de Benoist, als Buchtitel verkündete: „Europa, Dritte Welt - gleicher Kampf“ (Robert Laffont 1986). Beide Seiten, so erklärte er damals, könnten sich gegenseitig dabei helfen, den berühmten „Dritten Weg“ zu gehen. „Die Dritte Welt zu verteidigen“, schrieb er, „ist gleichbedeutend mit der Nicht-Paktgebundenheit. Es bedeutet, mit der Besessenheit von einer Wirtschaftsweise zu brechen, die der westlichen Ideologie eigen ist. Es bedeutet schließlich, die neuen Spaltungen von morgen zu antizipieren.“ Damals bestand die Sowjetunion noch. Heute, nach ihrem Zerfall, ist der propagierte „Dritte Weg“ zum zweiten, gegen die verbliebene Supermacht USA gerichteten, geworden.

Wenn dann z.B. im Jahre 1998 mitten im tiefsten Sachsen auf einem Flugblatt zu lesen ist „Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden.“, die Verfasser betonen, sie sehen sich „in der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung stehend“ und es handle sich bei ihnen um eine „moderne und revolutionäre Partei“, dann muß es sich keinesfalls um Werbung der Kommunistischen Plattform der PDS, der MLPD oder ähnlicher Gruppen handeln. Es kann nämlich durchaus - wie im zitierten Fall - Propaganda der ideologisch runderneuerten NPD sein.

Die „antiimperialistische Solidarität“ gegen die „Mafia“ des Internationalen Währungsfonds ist natürlich selektiv. In der „Sachsen-Stimme“ der NPD heißt es dazu: „Kuba, Nordkorea, Irak, Libyen widerstanden (wenn auch unter großen Opfern) bisher dem Druck dieser Geld-Gold-Hyänen, dafür entbieten wir diesen Staaten Anerkennung und freundschaftliche Verbundenheit!“ Dieser Kurs findet durchaus die Zustimmung des Parteivorsitzenden Udo Voigt. Auch Voigt forderte beim Wahl-

kongreß der NPD in Passau im vergangenen Februar „Solidarität mit dem Kuba Fidel Castros“.

Um „Internationale Solidarität“ wirbt eine Initiative, die in der neuen Zeitschrift „Opposition“ propagiert wird. Unter der Überschrift „SOS Irak!“ wurde in einem zweiseitigen Aufruf um Unterstützung und Hilfe für die „Kinderhilfe Irak“ geworben. Die so gesammelten Gelder, die vor allem in Form von Nahrungsmitteln und Medizin irakischen Kindern helfen sollen, sollen überwiesen werden an die französische Organisation „SOS -Enfants d'Irak“. Dabei handelt es sich natürlich nicht um irgendeine humanitäre Organisation: Gründerin und Aushängeschild ist Jany Le Pen, die Ehefrau des FN-Führers, Generalsekretär ist Jean-Michel Dubois, der Leiter des FN-Unternehmerverbändchens.

Als Grund für dieses Anhängen an eine Initiative im Nachbarland geben die „antiimperialistischen“ Unterzeichnenden an: „Wir Patrioten aus Deutschland und Österreich können im Moment nicht viel zur Rettung der irakischen Kinder unternehmen. In jenem liberalistischen Gefängnis, das die Völker Europas derzeit in einem Zustand der Entmündigung hält, sitzen wir im Hochsicherheitstrakt.“. Um den Kindern, denen - so der Aufruf - „in westlichen Staaten allenfalls untergeordneter Stellenwert eingeräumt wird“, zu helfen, wolle man Jany Le Pen, „der couragierten Kämpferin für die unschuldigen Opfer der One World“, zur Seite stehen.

Der Appell wurde unterzeichnet von Franz Schönhuber, der wohl wieder einmal seine Beziehungen zum FN hat spielen lassen, Manfred Rouhs, Herausgeber von „Signal“ (ehemals „Europa Vorn“), dem Verleger Gert Sudholt (Verlagsgemeinschaft Berg), dem Österreicher Christian Rogler, der u.a. in „Nation + Europa“ und „Europa Vorn“ als Autor hervorgetreten ist, und der ebenfalls publizistisch einschlägig tätigen Manuela Schöne. Letztere beide sind auch Inhaber der Spendenkonten für die Aktion.

Es ist davon auszugehen, daß das Ziel dieser Aktion mehr in der Propaganda als in tatsächlicher humanitärer Hilfe liegt. So bietet der Aufruf keinerlei Fakten über die Lebenssituation im Irak, die Folgen des bestehenden Embargos etc., sondern weitgehend nur die bekannten Ideologiekonstrukte der extremen Rechten gegen die „Mondialisten“: „Wir deutschen und österreichischen Patrioten schenken den Lügen der gleichgeschalteten Presse und der weithin korrumpierten westlichen Machteliten auch

in Sachen Irak keinen Glauben mehr und schämen uns jener Politiker unserer Heimatländer, die sich mit Haut und Haar der Höhlenforschung im Rektum des US-Imperialismus und der Protagonisten der globalistischen Welt-Einheitsmeinung verschrieben haben.“ Gefordert wird u.a. ein internationales Tribunal „gegen die herrschenden Machteliten der USA“, die als „die größte und mächtigste kriminelle Vereinigung der Welt“ bezeichnet werden, sowie gegen „ihre Marionetten in den europäischen Regierungsetagen“.

■ „Unschuldige Opfer der One-World“ ■

Die Wiederbelebungsversuche des Nationalbol-schewismus mit einer speziellen Form der „internationalen Solidarität“ finden ihre historischen Vorbilder von der Weimarer Republik bis zu den Bündnisoptionen Otto Strassers in den fünfziger Jahren. So wurde in dem ihm nahestehenden Oppo-Verlag Karl Ernst Naskes damals eine Biographie über den ägyptischen Politiker Nasser veröffentlicht.

An dem Beispiel Irak lassen sich die Gründe für die ideologische Attraktivität leicht ausmachen.

Es handelt es sich dabei um:

- einen autokratischen Führerstaat, in dem die Partei lediglich dessen Werkzeug darstellt,
- eine volksgemeinschaftliche Gesellschaft, deren ethnische Homogenität durch den faktischen Ausschluß von Minderheiten zumindest angestrebt wird,
- eine Entsprechung des Führerprinzips in einer durchmilitarisierten Gesellschaft, die in einem ständigen Ausnahmezustand/Ernstfall lebt,
- die Ersetzung des freihändlerischen Kapitalismus durch die nach Autarkie strebende „Volks-wirtschaft“,
- die Ablösung des Individualismus durch einen neuen Gemeinschaftsgeist, wobei der Einzelne sich über seine Rolle in der Gesellschaft definiert,
- die Mythisierung und Ritualisierung der Politik, des öffentlichen und auch des privaten Lebens,
- ein dezidiert antiwestliches Selbstverständnis, das in den USA den Hauptfeind erblickt.

All dies ist natürlich in höchstem Maße kompatibel mit der Ideologie der extremen Rechten, wobei sich gerade die NPD bei der Wiederbelebung der Topoi des historischen Faschismus in der Bewegungsphase bisher am weitesten vorgewagt hat. Der „Antiimperialismus von rechts“ dürfte erst an seinem Anfang stehen.

Jean Cremet

Hintergrund

Rabiates Umfeld

Mitglieder und Anhänger der DVU sind - entgegen Beschönigungen der Parteispitze - immer wieder an Straftaten beteiligt. Die Palette reicht von Randalen, Brandanschlägen bis zu Mord.

Die DVU versucht, den Anschein von Reputierlichkeit und Verfassungskonformität zu erwecken und sich von der militanten Nazi-Szene abzusetzen. So schilderte Heinrich Gerlach, DVU-Wahlkampfleiter für Sachsen-Anhalt und enger Mitarbeiter von Parteichef Gerhard Frey, in der Sendung „Talk im Turm“ seine Organisation in den leuchtendsten Farben: „Die DVU ist eine demokratische Partei, sie steht für Toleranz.“ Die DVU, laut Gerlach eine „ausländerfreundliche Partei“, befinde sich „auf dem Boden des Grundgesetzes“. Gerlach weiter: „Gewalt gegen Ausländer, das lehnen wir ab.“

Diese Botschaft ist an der Basis der Partei aber offensichtlich nicht angekommen. Immer wieder waren in den vergangenen Jahren Mitglieder oder Anhänger der DVU an Gewaltstraftaten unter Ein-schluß von Mord- und Totschlagsdelikten beteiligt. Die folgende Auflistung ist vorläufig und be-schränkt sich auf den Zeitraum seit der Wieder-vereinigung.

Februar 1991: Randalen nach DVU-Kundgebung

Am 16. Februar 1991 findet eine DVU-Gross-kundgebung in der Passauer Nibelungenhalle mit 3000 Teilnehmern statt. Als Gastredner tritt der Auschwitz-Leugner David Irving auf. Die Stadt Passau hatte zuvor ein begrenztes Rede-verbot gegen Irving erlassen: Ihm war demnach untersagt, die Massenvernichtung von Juden im Nationalso-zialismus abzustreiten. Irving hielt sich an diesem Tag an die Auflage.

„Nach Beendigung der Veranstaltung in der Nibe-lungenhalle ziehen circa 25 Skinheads in die Alt-stadt“, heißt es im Polizeibericht. Es kommt „zu verschiedenen Zwischenfällen, die von jugendli-chen DVU-Anhängern verursacht wurden. So zog eine Gruppe Skinheads vor ein Gebäude, in dem sich die Gegendemonstranten zu einem Punkkon-zert getroffen hatten. Dabei ging eine Fenster-scheibe zu Bruch. Auch wurden an anderer Stelle

mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Ein junger Mann, der der linken Szene zugerechnet wird, mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden, nach-dem er von Skinheads mißhandelt worden war. Mit dem Schrecken kam dagegen ein junger Mann da-von, den ein Täter der rechten Szene mit einem Schreckschußrevolver ins Gesicht geschossen hat-te. Insgesamt nahm die Polizei im Laufe des Ta-ges 60 Personen, fast ausschließlich DVU-Anhän-ger, fest“, berichten die „Nürnberger Nachrichten“ am 18. Februar 1991.

Juni 1991: Mord

In der Nacht von 15. auf 16. Juni 1991 wird vor einem Lokal in Friedrichshafen am Bodensee ein 34jähriger Angolaner niedergestochen. Täter ist der 19jährige Skinhead Mario R. Vor der 2. Ju-gendstrafkammer des Landgerichtes Ravensburg sagt der Täter aus, daß er bereits als Zwölfjähri-ger zu den Skinheads gestoßen sei.

Am 23. Mai 1989 war er bei einer DVU-Veran-staltung in Friedrichshafen als Helfer (mit Arm-binde „Ordner“) eingesetzt. Auf der Veranstaltung sprach der Sohn des DVU-Vorsitzenden, Gerhard Frey jun.

Oktober 1991: Randalen nach DVU-Kundgebung

Am 3. Oktober 1991 wird der sächsische DVU-Landesverbandes in Meissen gegründet.

Im Anschluß überfallen 80 anwesende Skinheads ein Asylheim. (Aktenzeichen 24js11625, Staatsan-waltschaft Dresden)

April 1993: Jagd auf Ausländer

Vor dem Schweriner Landgericht müssen sich im April 1993 13 zumeist jugendliche Rechtsradika-le wegen versuchten Mordes verantworten. Ihnen wird zur Last gelegt, im Juli 1992 ein Asylbewer-berheim in Bahlen bei Boizenburg mit Brandsät-zen angegriffen zu haben. Einer der Angeklagten ist der 21jährige Frank Schmidt.

„Kurzzeitig sei er Mitglied der rechtsextremisti-schen ‘Deutschen Volksunion’(DVU) gewesen, die er jedoch wegen deren ‘Radikalität’ verlassen ha-be. Bei der DVU seien ‘Gruppen zur Ausländer-jagd’ ausgebildet worden“, gibt der Angeklagte vor Gericht an (ADN 141408 apr 93). Schmidt wird wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit versuchter Brandstiftung und versuchter schwerer Körperverletzung zu zwei Jahren und sechs Mo-naten Haft verurteilt.

Mai 1993: Fünffacher Mord

Am 29. Mai 1993 wird ein von Türken bewohntes Haus in Solingen in Brand gesetzt, fünf Bewohner sterben. Unter den Opfern sind drei Kinder im Alter von vier, neun und 13 Jahren. Ein Säugling, ein dreijähriges Kind und ein 15jähriger werden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Die Bundesanwaltschaft erhebt gegen vier junge Männer Anklage vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

Bei einem der vier Täter, Markus G., wird ein im April 1992 ausgestellter Mitgliedsausweis der DVU sichergestellt. Die DVU behauptet daraufhin in einer Presseerklärung, Markus G. sei „vor geraumer Zeit“ ein „vorläufiges Mitglied gewesen und inzwischen ganz aus der Kartei gestrichen“. Die Bundesanwaltschaft teilte dazu mit, daß der Mitgliedsausweis keinerlei Hinweis auf eine „Vorläufigkeit“ enthalte. Außerdem sei, so die Bundesanwaltschaft weiter, Markus G. nach eigenen Angaben wenige Wochen zuvor von der DVU zur Zahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 1993 aufgefordert worden. Markus G. wird schuldig gesprochen und muß eine fünfzehnjährige Freiheitsstrafe verbüßen.

Juni 1993: Brandanschläge

Das Jugendschöffengericht am Amtsgericht Hamburg-Norderstedt verurteilt zwei Angeklagte zu zwei Jahren Haft auf Bewährung. Ihnen wurde zur Last gelegt, im Laufe des Jahres 1992 Brandanschläge unter anderem gegen das Haus einer afghanischen Familie verübt und brennende Holzkreuze mit Ku-Klux-Klan-Parolen vor Häusern ausländischer Mitbürger aufgestellt zu haben. Einer der beiden Verurteilten war zum Tatzeitpunkt DVU-Mitglied und trat erst nach einer ersten Verhaftung im April 1992 aus der Partei aus. „Möglicherweise war das nur ein taktischer Schritt“, gibt Oliver William, Richter am übergeordneten Landgericht Kiel, zu bedenken.

Dezember 1996: Hakenkreuz-Schmiereien

Mirko Mokry (19), heute Landtagsabgeordneter der DVU in Sachsen-Anhalt, „hatte vor eineinhalb Jahren mit Gleichgesinnten ein Denkmal mit rechtsextremen Parolen (Signatur: 'Deutsche Mafia') und Hakenkreuzen beschmiert. Das Ermittlungsverfahren stellte die Staatsanwaltschaft ein. Sie sah in der Aktion des damals 19jährigen einen 'Dummenjungen-Streich'.“ („Der Spiegel“ vom 4.5.1998)

März 1997: Jagd auf Ausländer

Am 17. März 1997 machen neun Bundeswehrsoldaten in der Innenstadt von Detmold Jagd auf Ausländer. Bei zwei der sechs anschließend inhaftierten Männer findet die Polizei Schriften rechtsextremer Organisationen, darunter die von Gerhard Frey herausgegebene „National-Zeitung.“

Oktober 1997: Video- und Propagandavertrieb in der Bundeswehr

Im Oktober 1997 gibt Mike R., ein ehemaliger Hauptgefreiter aus der Bundeswehrkaserne im sächsischen Schneeberg, ein Video an den Privatsender Sat.1, in dem Soldaten der Kaserne Vergewaltigungs- und Folterszenen nachspielen. Mike R. selbst ist in vielen Filmszenen als Akteur zu sehen. Mike R., der sich selbst als Aussteiger bezeichnet, macht detaillierte Angaben über die rechtsextreme Agitation in der Kaserne. „Wir haben zum Beispiel gewisse Bücher über einen Verlag in München bestellt, sagte Mike R. der „Berliner Zeitung“ und nannte als Beispiel ein „SS-Liederbuch“ oder Werke von NS-Größen wie Hitler und Göring. Es habe „Bezugspersonen“ in der Kaserne gegeben, „wo man solche Sachen bestellen konnte“.

Mike R. gab gegenüber der „Berliner Zeitung“ an, „mindestens zwei Jahre“ Mitglied der DVU gewesen zu sein.

August 1998: Gefährliche Körperverletzung

Am 16. August wurden in Berlin fünf DVU-Wahlhelfer wegen einer Gewalttat gegen einen Farbigen vorläufig festgenommen. Der als mutmaßlicher Haupttäter eingestufte André Otto, DVU-Kreisverbandsvorsitzender aus Berlin-Lichtenberg, wurde einem Ermittlungsrichter zum Erlaß eines Haftbefehls wegen gefährlicher Körperverletzung vorgeführt. Die Staatsanwaltschaft gibt an, der Ausländer sei mit Tränengas besprüht worden und habe durch Schläge Prellungen am ganzen Körper davongetragen. Die Begleiterin des Ausländers soll zuvor von einem DVU-Wahlkampfbus bedrängt worden sein. Das Gerichtsverfahren ist noch nicht eröffnet worden.

Jürgen Elsässer

(Vom Autor überarbeitete und aktualisierte Aufstellung, deren erste Version erschienen ist in: Jürgen Elsässer, Braunbuch DVU - eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde, konkret Verlag Hamburg 1998).

Demokratische Initiativen

Arbeit für die Opfer

Rechtsextremen Gewalttätern wird in der Regel viel Aufmerksamkeit zuteil. Die Opfer werden meist alleingelassen.

Klienten gibt es reichlich: Die beiden blinden Mädchen, die in Königs Wusterhausen auf offener Straße angegriffen wurden, die drei Italiener, die in Dedelow auf einem Feuerwehrfest angepöbelt wurden, und von denen einer fast zu Tode getreten wurde, die acht Jugendlichen, die in Cottbus in der Woche, nachdem sie ein „Konzert gegen Rechts“ veranstaltet hatten, zusammengeschlagen und mit Messerstichen verletzt wurden. Undsoweiter.

Seit neuestem gibt es in Brandenburg einen Verein, der sich speziell der Opfer rechtsextremer Gewalt annimmt. Seit dem 1. August kümmern sich die drei Mitarbeiter des Vereins „Opferperspektive“, die aus Lottomitteln des Potsdamer Justizministeriums finanziert werden, um die psychologischen wie juristischen Belange der Opfer. „Wir erfahren aus der Zeitung, was passiert ist“, sagt Kay Wendel, „oder wir werden von Betroffenen oder von Ausländerbeauftragten angerufen.“

Als erstes nehmen die Mitarbeiter der „Opferperspektive“ mit den Betroffenen Kontakt auf - und hören zunächst einmal zu. „Das ist schon der erste Schritt“, sagt Wendel, „gerade Flüchtlinge haben oft sehr wenige Möglichkeiten, das Geschehene zu verarbeiten. Sie leben in Heimen, umgeben von lauter Leuten, die auch alle Angst haben“. Schließlich sei ein typisches Charakteristikum rechtsextremer Taten, daß sie sich „gegen einen richten“, aber alle treffen“. Wenn bei den Opfern rechtsextremer Gewalt eine längerfristige Betreuung ansteht, bemüht sich der Verein außerdem um Kontakt zu Therapeuten. „Die meisten stehen nach einem Übergriff erst einmal unter Schock“, beobachtet Wendel, „wenn daran nicht gearbeitet wird, kann das zum Trauma werden - bis dahin, daß die Leute schlicht nicht mehr nach draußen gehen.“

Als weiterer Schritt stellt sich die Frage nach einer Handlungsperspektive. Gibt es Zeugen, die auch vor Gericht aussagen? Wie schützt man diese vor möglichen Racheakten oder Einschüchterungsversuchen? Können die Opfer überzeugt werden, als Nebenkläger aufzutreten? Welcher Anwalt vertritt sie? Hat die Polizei anständig ermittelt? „Es

gibt immer noch Beamte und Staatsanwälte“, so Wendel, „die gerne schlampig arbeiten, wenn es um rechtsextreme Gewalt geht!“ Auf den Gerichtstermin selber werden alle Beteiligten gründlich vorbereitet; außerdem wird versucht, Öffentlichkeit zu organisieren.

Als wesentliche Aufgabe betrachtet „Opferperspektive“ es auch, mit lokalen Initiativen vor Ort zusammenzuarbeiten und so dafür zu sorgen, in der brandenburgischen Provinz eine offensivere Gegenöffentlichkeit zu schaffen. „Die Gruppen potentieller Opfer von Flüchtlingen bis zu Punks sind da, wo sie leben, oft gesellschaftlich ausgegrenzt“, sagt Wendel. „Wir versuchen, vor Ort sichtbar zu machen, daß es auch andersdenkende und andersaussehende Leute gibt. Nur so kann man auch das kulturelle Monopol, das die Rechten sich vielerorts erkämpfen, aufbrechen“. In diversen Dörfern und Kleinstädten gäbe es durchaus Ansätze alternative Jugendgruppen - die allerdings bisher völlig isoliert seien. Das Fernziel: Lokale Bündnisse gegen Rechts mit guten Kontakten zu Medien und innerhalb der Gemeinde. Auch Kontakte zwischen linken Jugendlichen und Flüchtlingen versuchen die Mitarbeiter der „Opferperspektive“ zu unterstützen und zu fördern.

Das Hauptproblem, mit dem die Mitarbeiter kämpfen, ist das gleiche, das so ziemlich alle, die in dem Bereich arbeiten, beobachten. Immer noch bedarf es seitenlanger Korrespondenzen und unendlicher Überzeugungsarbeit, um zu verdeutlichen, daß es sich überhaupt um einen rechtsextremen Übergriff gehandelt hat, und nicht um eine „Wirtshauschlägerei“ oder einen „Streit zwischen Betrunknen“. „Es ist unglaublich schwer, die Perspektive der Opfer einmal in den Mittelpunkt zu stellen“, sagt Wendel, „in ganz vielen Fällen wird vermittelt, die Überfallenen seien eigentlich selbst schuld und die Täter werden andererseits als Opfer gesellschaftlicher Verhältnisse dargestellt.“

So kommt es wohl auch, daß viele Opfer nie als solche in den Statistiken auftauchen - weil sie schlicht keinen Sinn darin sehen, zur Polizei zu gehen oder Repressalien und Ausgrenzung fürchten. Von den acht Jugendlichen, die im Oktober in Cottbus unabhängig voneinander nach dem Konzert gegen Rechts überfallen wurden, erstatteten gerade mal drei Anzeige.

Jeannette Goddar

„Opferperspektive“, Tel. 0171/1935669

Spenden an: RAA Brandenburg, „Opfer rechtsextremer Gewalt-Opferperspektive“, Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 16010111, Kto.Nr. 1449474600.

Hintergrund

Ärger für Glatzköpfe

Eine Spezialtruppe der Polizei soll das Entstehen „national befreiter Zonen“ verhindern. Brandenburg hat nach wie vor die meisten brutalen Übergriffe auf Ausländer zu verzeichnen.

„Verdammter Mist, schon wieder die MEGA“, schreit ein junger Mann in Bomberjacke und Springerstiefeln, als neben ihm mehrere Autos bremsen und acht kräftige junge Männer auf den Bürgersteig sprinten. Bei den Neuankömmlingen handelt es sich um Beamte des brandenburgischen „Mobilen Einsatzkommandos gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt“ (MEGA), die in dieser Nacht in Frankfurt an der Oder im Einsatz sind: Die Truppe in Zivil umringt das kleine Häufchen kahlköpfiger Jugendlichen und sammelt erst einmal deren Ausweise ein. Dann studieren die Beamten die Papiere, geben die Personen-Daten per Funk ins nächste Revier weiter und verschwinden bereits nach wenigen Minuten genauso schnell wieder von der Szene, wie sie gekommen sind. Zurück bleibt eine Gruppe verunsicherter Skinheads, denen der überraschende Blitz-Einsatz ganz offensichtlich die Laune verdorben hat. „Das kotzt mich alles an, dabei wollte ich heute abend noch dreißig Polen aufreißen“, grölt einer von ihnen und schwenkt seine Bierdose. „Mensch halt die Schnauze und quatsch nicht dämlich“, antwortet ein anderer und weist auf zwei in der Nähe wartende Journalisten.

Der Auftritt der Polizisten gehörte zum Konzept der vom brandenburgischen Innenminister Alwin Ziel (SPD) Anfang dieses Jahres ins Leben gerufenen MEGA-Truppe, die vor allem einen Zweck hat: Sie soll den gewaltbereiten jungen Rechten das Leben so ungemütlich wie möglich machen. Um das zu erreichen, haben die insgesamt 45 Beamten erst einmal das gesamte Wissen über die zumeist nur locker organisierten Gruppen und Verbände gesammelt. „Inzwischen wissen wir, wer sie sind und wo sie sich aufhalten“, berichtet Axel Lüdders, Chef des brandenburgischen Landeskriminalamtes. Lüdders schickt seine Leute vor allem in den Wochenend-Nächten auf Tour: Dann kontrollieren die mit Jeans, Parkas und Turnschuhen bekleideten Beamten vor allem die bekannten Treffpunkte der Szene und nehmen dort Kontakt zu den jungen Glatzköpfen auf. Wie etwa auf dem Bahnhofsvor-

platz der Kleinstadt Angermünde, wo ein Beamter einen Skinhead anspricht, auf dessen Jacke deutlich sichtbar ein schmales „N“ mit einem Zahnrad prangt. „Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, daß dieses Zeichen verboten sein könnte?“, will der Beamte von dem Jugendlichen wissen. „Nö“, antwortet der und grinst verlegen.

Mit ihren Aktionen will die Polizei den gewaltbereiten Jugendlichen das Gefühl vermitteln, daß sie permanent beobachtet und immer wieder kontrolliert werden. „Die müssen wissen, daß wir sie ständig im Auge haben“, sagt einer der Einsatzleiter der MEGA-Truppe. Die ständige Präsenz der Polizei soll vor allem das Entstehen der von den Rechtsextremen immer wieder propagierten „national befreiten Zonen“ im Land Brandenburg verhindern. „Solche Zonen gibt es bei uns bisher nicht“, betont denn auch Innenminister Ziel. Aber auch ihre traditionellen Sammelplätze rund um die Bahnhöfe sollen den Glatzköpfen verleidet werden: So haben die Beamten der MEGA inzwischen Dutzende von Platzverweisen ausgesprochen und mehrere Veranstaltungen von Rechtsradikalen verhindert. Vor einigen Wochen scheiterte ein von der rechten Szene als „Überlebenstraining“ getarntes Treffen in der Uckermark, weil die Beamten (die einen Tip aus der rechten Szene erhalten hatten) im Vorfeld elf Männer festnahmen.

■ Besorgte Diplomaten ■

Der Einsatz der MEGA soll mit dazu beitragen, Brandenburgs miserablen Ruf zu verbessern: Denn immer noch gilt das rund um Berlin liegende neue Bundesland mit deutlichem Vorsprung vor Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt als Hochburg für rechtsextreme Gewalttäter. Die Zahl der Überfälle auf Ausländer ist nirgendwo so hoch wie hier - noch vor wenigen Wochen wurde in der nordöstlich von Berlin gelegenen Kleinstadt Bernau ein aus Gambia stammender Schwarzer von vier Skinheads als „Nigger“ beschimpft und derartig brutal zusammengeschlagen, daß er mit Prellungen an den Nieren und Verdacht auf innere Blutungen in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Schlecht erging es auch einem jungen deutschen Bauarbeiter: Er wurde in der gleichen Nacht von denselben Tätern angegriffen und schwer verletzt, weil er von den Schlägern für einen Russen gehalten worden war. Im brandenburgischen Dörfchen Dedelow trat ein 19jähriger mit Stahlkappenschuhen auf einen bereits am Boden liegenden 29jähri-

gen Italiener ein und verletzte ihn lebensgefährlich. Auch Berliner Schulklassen werden in Brandenburg gelegentlich mit „Sieg Heil“-Rufen bedroht und vertrieben.

Allerdings verläßt sich die Landesregierung bei der Bekämpfung des Ausländerhasses nicht nur auf eine verstärkte Polizeipräsenz. Denn die Fremdenfeindlichkeit, die sich nach den Erkenntnissen der Potsdamer Ausländerbeauftragten Almuth Berger „sehr offen und sehr direkt äußert und weitgehend als normal empfunden wird“, hat für Brandenburg inzwischen äußerst peinliche Folgen: Beim Auswärtigen Amt in Bonn melden sich immer häufiger besorgte ausländische Botschafter, die wissen wollen, ob sich ihr Personal nach dem Umzug der Bundesregierung an die Spree im Berliner Umland überhaupt einigermaßen sicher bewegen kann. Als solche Fragen immer drängender wurden, rief das Kabinett Stolpe die Aktion „Tolerantes Brandenburg“ ins Leben. Das mit Mitteln von 1,5 Millionen Mark eher bescheiden finanzierte Programm soll das Miteinander zwischen Einheimischen und Ausländern fördern - gedacht ist an Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer, Sportprogramme, Selbsthilfeprojekte und politische Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit. Außerdem will man internationale Jugendbegegnungen finanzieren. „Denn wen man kennt“, hoffen die Initiatoren, „den schlägt man nicht zusammen.“

Sebastian Bähr

Grauzone

Kiel - Die Wehrmachtsausstellung, die vom 8. Januar bis 14. Februar 1999 im Landeshaus Kiel gezeigt wird, ruft Proteste hervor. So hat die erzkonservative „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft“ zu Geldspenden aufgerufen, um Aktionen gegen die Ausstellung zu finanzieren. Als Kritiker der Wehrmachtsschau trat jetzt auf einer Veranstaltung der Jungen Union des Kreises Segeberg Brigadegeneral Reinhard Uhle-Wettler für die „Staats- und wirtschaftspolitische Gesellschaft“ auf. Für Uhle-Wettler ist die Ausstellung eine „Offensive gegen die Identität unseres Volkes“. Er sprach in dem Zusammenhang von einem Plan der „Charakterwäsche bis zum Genozid“ und wettete gegen die „Macher“ der Ausstellung: Unter diesen seien alle wiederzutreffen, die „das Leben schwer machen“. Dafür empfahl der Ex-Militär die Lektüre des „Ostpreußenblattes“ und der „Jungen Freiheit“. Für beide Blätter greift Uhle-Wettler auch gerne zur Feder.

H.F.

Zwischenruf

Herrenlose Kunst

„Wir wollten den Eindruck vermeiden, der Text sei verbindlich“. Satz des Leiters der deutschen Delegation nach der Konferenz über von den Nazis geraubte Kunstwerke in Washington, Tenno Eitel. Man fürchtet, seinen Ohren nicht trauen zu dürfen. Ging es nur um kostenlose Reisen aus 43 Staaten in die USA, um dort unverbindlich über den größten Kunstraub der Geschichte zu plauschen? Die Erwartungen waren nicht groß. Dergleichen hat man sich mittlerweile ohnehin abgewöhnt, wenn es um das kriminelle NS-Regime geht. Aber das unverblümt ins Mikrophone zu sagen, beweist ziemlich viel Chuzpe.

Glücklicherweise gab es aber Teilnehmer, die offen sagten, wo was getan werden muß. Waleri Kulischow zum Beispiel, der Moskau vertrat. Sein Land wolle helfen, 1945 von der Roten Armee aus Ostdeutschland gebrachte Kunst nach Raubgütern zu überprüfen. Das Suchen müßten allerdings andere Staaten bezahlen. Die amerikanische Delegation nannte das Angebot einen Durchbruch, obwohl die Duma doch kürzlich beschlossen hat, Beutekunst nicht herauszugeben.

Frankreich zeigt im Internet 2000 vermutlich geraubte Werke. Paris hofft angeblich, so die Erben zu finden. Derweil hat Präsident Chirac Anfang Dezember in Paris ein Museum für „Kunst und Geschichte des Judentums“ eröffnet, in dem viele sogenannte „herrenlose“ Gemälde gezeigt werden. Frankreich hatte wohl vor, die Schätze zu behalten. Sonst hingen sie ja nicht in dem Museum.

Am meisten scheint Österreich zu tun. Das hat auch den größten Nachholbedarf. Ein Raubkunstgesetz ist bereits im Parlament verabschiedet, das Beraubten das Recht auf ihren alten Besitz garantiert. Das wurde höchste Zeit, weil die Wiener Regierung nach dem Krieg bereits zurückgegebene Kunstwerke wieder konfiszieren ließ - als Entschädigung für beraubte österreichische Museen.

Am einfachen macht es sich der Vatikan. Der, so war in Washington zu hören, hält sogar seine Archive unter Verschuß - um „die Gläubigen zu schützen“, wie es hieß. Franz Paul Stangl, den katholischen Christen und Kommandanten des Vernichtungslagers Treblinka etwa und andere NS-Verbrecher, denen der Vatikan 1945/46 bei der Flucht nach Südamerika geholfen hat. Aber das letzte Wort ist hier zum Glück noch nicht gesprochen.

Heiner Lichtenstein

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 13. Jg., Nr. 49-51/98: Gegen die geplante Änderung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts wendet JF-Chefredakteur Dieter Stein ein, daß den Deutschen die „Idee von der Gemeinschaft“ fehle, in die die Ausländer integriert werden könnten (49/98). Ins Lavieren scheint Stein ob des neuerdings aufgenommen Kontaktes von REP-Chef Schlierer mit dem DVU-Vorsitzenden Frey zu geraten. Er befürchtet eine „politische Erdrosselung“ der REP durch den von ihm stets geschmähten Frey. Steins Frage nach radikaler Abgrenzung zur DVU weicht Schlierer allerdings aus. Schlierer betont dabei, daß der politische Gegner der REP die Unionsparteien und Rot-Grün darstellten, und er nicht die „Notwendung zur Eröffnung einer weiteren Front im rechten Spektrum“ sehe (49/98). So muß Stein noch im nächsten Heft bangen, ob sich die REP wohl in die Arme von DVU-Chef Frey sinken lassen werden (50/98). Zustimmung erfährt die neue rechtsextreme Theoriezeitschrift „Opposition“ aus dem Hause „Verlagsgemeinschaft Berg“; der Rezensent Werner Olles erwartet schon „mit Interesse“ die nächsten Ausgaben. Positiv rezensiert wird ebenso das im neurechten „Arun-Verlag“ erschienene Werk von Hans-Jürgen Lange über den Nazi-Esoteriker Karl-Maria Wiligut (49/98). Linke Machenschaften überall am Werk wähnt der passionierte „Linksextremismus-Experte“ Hans-Helmuth Knütter. Aller Orten herrsche Milde gegen linke Krawallmacher, sogar CDU-nahe Blätter würden gegen Bundeswehrehörige hetzen. Es gelte heute, „die nächste Wende unserer wendereichen Zeit vorzubereiten“ und dazu bedürfe es der Überwindung der Zersplitterung der (extremen) Rechten (50/98). Werner Olles zieht aus der „Walser-Bubis-von-Dohnanyi-Kontroverse“ die Schlußfolgerung, daß die „Beschädigung unserer Identität als Nation durch den Nationalsozialismus und den ... Gesinnungsterror der PC“ ein Ende haben müsse. Horst Mahler fordert von Ignatz Bubis „Gedankenfreiheit“ ein, er leiste sonst „tief verwurzelten“ antisemitischen Ressentiments Vorschub. Der neurechte französische Vordenker Alain de Benoist geißelt die universelle Gültigkeit der Menschenrechte. Diese „Menschenrechtsideologie“ verbanne Andersdenkende nach außerhalb der gemeinschaftlichen Ordnung (50/98). Götz Kubitschek bemüht für seine Definition, was die Aufgabe eines Rechten sei, die Gestalt des Sisypchos,

der unablässig nur seine Arbeit tut. Den Anhängern der Neuen Rechten schlägt er vor, wieder „geistige Hierarchie anzuerkennen“ und nicht jeder abstrusen Theorie hinterherzulaufen (50/98). Im nächsten Heft wird in einem redaktionellen Beitrag für eine „Frankfurter Initiative“ geworben, die für eine Volksabstimmung gegen die geplante Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft bundesweit Unterschriften sammeln will (51/98). Einem Bericht über die „Bogenhauser Gespräche“ am 5./6. Dezember auf dem Haus der Münchner Burschenschaft „Danubia“ zufolge, haben die nach rechts mutierten Ex-68er Bernd Rabehl, Horst Mahler und Peter Furth dort als Referenten teilgenommen - das von dem Berliner Rabehl dort ausgesprochene, auf die 68er gemünzte Etikett von den „nützlichen Idioten“ dürfte wohl auch hier Anwendung finden (51/98) (gn)

Am Rande**Mit heiligem Segen**

Im rechtsextremen Aula-Verlag aus dem österreichischen Graz ist dieser Tage ein Sammelband mit dem Titel „1848. Erbe und Verantwortung“ erschienen. Herausgeber des Buches sind der österreichische Altnazi Otto Scrinzi (90), ehemaliger SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied sowie späterer FPÖ-Vize, und der bundesdeutsche Rechtsextremist Jürgen Schwab, der im nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht namentlich aufgeführt ist.. Scrinzi ist Schriftleiter und Schwab Redakteur der österreichischen Monatszeitschrift „Aula“. Die Autoren des Sammelbandes sind nahezu ausnahmslos einschlägig im rechtsextremen Spektrum bekannt. So der wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verurteilte Herwig Nachtmann, Helmut Golowitsch, Mitunterzeichner des Aufrufes für eine Generalamnestie für NS-Verbrechen in der „Deutschen National-Zeitung“, und Georg Franz Willing, Referent beim US-amerikanischen, revisionistischen „Institute for Historical Review“. Zu den Autoren zählen auch die einstigen Mitarbeiter für die „Junge Freiheit, Hans-Ulrich Kopp und Martin Pabst.

Ein Autor wird von den Herausgebern besonders hervorgehoben und es wird ihm ausdrücklich gedankt für seinen Beitrag „Freiheit und Wahrheit“. Es handelt sich um den deutschen Kardinal Joseph Ratzinger, seit 17 Jahren amtierender Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation und mächtigster Mann im Vatikan nach dem Papst. A.M.

Bücherschau**Weißwaschung**

Edgar Julius Jung (1894-1934) war wohl der wichtigste Aktivist und Theoretiker der Jungkonservativen der Konservativen Revolution, jener geistigen Strömung des „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“ (Kurt Sontheimer), die als ein ideologischer Wegbereiter der nationalsozialistischen Diktatur gilt. Der Politologe Helmut Jahnke will in seiner Arbeit „Edgar Julius Jung. Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne“ diesen intellektuellen Protagonisten jener Zeit sowohl hinsichtlich seiner ideologisch-programmatischen Auffassung als auch bezüglich seines politischen Wirkens porträtieren.

Aufgegliedert ist die Arbeit in vier größere Teile, worin zunächst eine Biographie Jungs geliefert wird. Danach widmet sich Jahnke seiner universalistischen Weltanschauung, insbesondere bezogen auf den Gegensatz von Individualismus und Universalismus sowie auf die von ihm angestrebten gesellschaftlichen, kulturellen und staatlichen Ausformungen. Jungs Wirken als Führer der Jungkonservativen in der Konservativen Revolution steht danach im Zentrum der Darstellung, wobei es einerseits um seine journalistischen Veröffentlichungen und die Hauptwerke „Die Herrschaft der Minderwertigen“, „Die Sinndeutung der deutschen Revolution“ und der „Marburger Rede“, andererseits um sein Engagement als Politiker, Referent und Kontaktperson zwischen Politik und Wirtschaft geht. Im letzten Teil wird der ideengeschichtliche Standort Jungs im Spannungsfeld von konservativem, faschistischem und nationalsozialistischem Denken zu bestimmen versucht.

Jahnke deutet Jung als eine mißverstandene und tragische historisch-politische Figur, der es um eine geistige Erneuerung des Konservativismus vor den Herausforderungen der Moderne gegangen sei. Er habe auf die Regeneration des starken Staates bei gleichzeitiger Abwehr totalitärer Ordnungsvorstellungen gehofft und den Individualismus zugunsten einer universalistischen Reichsvorstellung mit einer geistigen Wiedervolkwerdung überwinden wollen. Vom Vorwurf, geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus gewesen zu sein, meint der Autor, Jung frei sprechen zu können. Er verweist auf diesbezügliche ideologische Differenzen und politische Aktivitäten und geht davon aus, daß Jungkonservative und Nationalsozialisten zwar inner-

halb der deutschen Revolution ein Stück parallelen Weges nebeneinander zurücklegten, aber nicht Hand in Hand, sondern schon früh in Gegnerschaft

Jahnke verwendete für die Erstellung der Arbeit Unmengen von Material und Quellen, wozu auch der unveröffentlichte Briefwechsel Jungs gehörte. Hierin liegt zweifellos die Stärke des Buches, das eine Fülle von Detailinformationen bringt, u. a. zu den bislang noch nicht näher berücksichtigten Aktivitäten Jungs im vopolitischen Raum, wobei insbesondere die Kontakte zu verschiedenen Unternehmern und deren finanzielle Unterstützung von Interesse sind. Auch wird sein philosophisch-politisches Denken systematisch dargestellt und über dualistische Beschreibungen hinsichtlich der inhaltlichen Stoßrichtung skizziert. Die Veröffentlichung ist über weite Strecken lediglich beschreibend oder typologisierend gehalten. Wenn es aber zu Einschätzungen und Interpretationen kommt, zeigt sich Jahnkes Urteil dann doch allzu sehr von der unverhüllten Absicht einer Art publizistischer Ehrenrettung von Jung und der Konservativen Revolution geprägt.

Kaum haltbar dürfte die Einschätzung der von Jung verfaßten „Marburger Rede“ für von Papen „als Aufbruchsignal zur Erhebung gegen den Nationalsozialismus“ (S. 25) sein, beanspruchten doch alle darin enthaltenen kritischen Anmerkungen primär, die Nationalsozialisten mahnend daran zu erinnern, daß die jungkonservativen Intellektuellen doch ihren Beitrag zu deren Machtübernahme geleistet hätten. Jahnkes häufig vorgetragener Hinweis, Jung und die Jungkonservativen hätten nur einen autoritären, die Nationalsozialisten aber einen totalitären Staat gewollt (vgl. S. 231) mag zutreffend sein. Gleichwohl läßt sich damit weder die auch vom Autor selbst gut belegte fundamentale Frontstellung Jungs gegen den demokratischen Verfassungsstaat in Theorie und Praxis abstreiten, noch dessen Beitrag zur geistigen Wegbereitung der Zerstörung der Weimarer Republik und deren Ablösung durch eine nationalsozialistische Diktatur. Auch die zusammenfassende Bewertung Jahnkes ist so nicht haltbar: Jungs „großes Ziel war die Erneuerung des Konservativismus, d. h. seine Aussöhnung mit der Moderne“ (S. 232). Eine Aussöhnung mit der Moderne wollte Jung nicht, ganz im Gegenteil, strebte er deren Überwindung an.

Armin Pfahl-Traugher

Helmut Jahnke, Edgar Julius Jung. Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne, Paffweiler 1998 (Centaurus-Verlagsgesellschaft), 265 S.

Meldungen

Inland

■ **Erfurt** - Im Internet wirbt neuerdings eine „Allgermanische Heidnische Front“ für sich. Depandancen unterhält die „Front“ in der Bundesrepublik („Deutsche Heidnische Front“, Postfachadresse in Erfurt), in Belgien („Vlaams Heidens Front“, Denderleeuw), Norwegen („Norsk Hedensk Front“, Sandsli), Schweden („Svensk Hednisk Front“, Lulea) und im italienischen Salerno. Laut ihrer Selbstdarstellung hat die „Allgermanische Heidnische Front“ die „Entchristianisierung der Bewegung“ zum Ziel, „um alle Aktivisten unter einer Fahne zu vereinen und auf nur eine Sache einzuschwören.“ Erwartet wird, „daß in naher Zukunft jede germanische Nation eine eigene heidnische Front innerhalb ihrer Grenzen besitzt.“ Das wichtigste Ziel der „neuheidnischen und völkischen Bewegung“ sei die „Existenzsicherung für alle germanischen Völker“. In der Eigendarstellung heißt es noch: „Wir haben genug von einer Gesellschaft, welche die Schwachen durchfüttert und die Starke unterdrückt. ... Unsere Völker haben genug davon, einen jüdischen Rabbiner anzubeten und sich länger jene Lügen & Märchen anzuhören, mit denen unser sog. demokratisches System uns Tag für Tag weiter verdummen will.“

■ **Glinde** - Der Rechtsextremist Heinz Drenger hat eine 50seitige Hetzschrift mit dem Titel „Stimmen gegen die Psychose nationaler Selbstgeißelung. Drei Generationen äußern sich zur Diffamierungskampagne der Anti-Wehrmachts-Ausstellung“ veröffentlicht. Vorgeworfen wird darin den Initiatoren der Wehrmachtsausstellung, die „Wahrheit zu verfälschen“. Abgedruckt in der Broschüre ist auch die „Kritik“ des Bonner Studenten Peter Hild (vgl. BNR 3/98), in der es u.a. heißt: „Nach der Implosion der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaften braucht die Ultralinke neue Leitbilder. Da sich die eigenen Ideen als falsch erwiesen haben, trachtet man danach, alle erhalten Strukturen zu unterminieren und zu zerstören. Die Ausstellung beabsichtigt heute, da Zeitzeugen zunehmend weniger werden, die Geschichte umzuschreiben.“ Geworben wird für das Machwerk in der NS-apologetischen Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“, beim rechtsextremen „Bund für Gesamtdeutschland“ und in der Zeitschrift „Der Deutsche Fallschirmjäger“. Herausgeber Drenger ist Autor in der „Deutschen Militärzeitschrift“, desweiteren in

der Schrift „Deutschland“, in der rassistischen „Nordischen Zeitung“ und in den Waffen-SS-treuen „Leitheften“.

■ **Glückstadt** - Im Alter von 57 Jahren ist Lothar Grünkorn aus Kollmar bei Glückstadt verstorben. Er war führende Kraft beim „Bund für Gotterkenntnis“ („Ludendorffer“). Kurzzeitig fungierte Grünkorn auch als Vorsitzender des rechtsextremen „Arbeitskreises für deutsche Politik“. Grünkorn war zudem für die „Republikaner“ aktiv.

■ **Hamburg** - Angaben des neonazistischen Blättchens „Zentralorgan“ zufolge, soll sich der 1993 erschossene RAF-Terrorist Wolfgang Grams in seiner politischen Orientierungsphase in braunen Kreisen bewegt haben. Wie das „Zentralorgan“ in seiner neuesten Ausgabe berichtet, soll Grams „über einen längeren Zeitraum ständiger Besucher“ im Haus des Rechtsextremisten-Ehepaares Ursel und Kurt Müller aus Mainz-Gonsenheim gewesen sein. Grams, so die Vorsitzende der Neonazi-Knastorganisation HNG, habe die Kameraden „immer zu Gewalttaten“ aufgefordert und gedrängt. Laut Kurt Müller soll Grams „mit Interesse an den regelmäßigen Kameradschaftsabenden“ in Mainz-Gonsenheim teilgenommen haben.

■ **Hamburg** - Die rechtsextremen „Deutschen Konservativen“ veranstalten vom 10. bis zum 24. Februar eine Flugreise nach Thailand. Als Reiseleiter ist der Vereinsvorsitzende Joachim Siegerist (51) vorgesehen: „Ich selber kenne Thailand fast wie meine Westentasche. Schon als junger Journalist habe ich das Land bereist und viel darüber geschrieben“, teilte Siegerist dazu mit. Rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft bieten die „Deutschen Konservativen“ ungewöhnliche Weihnachtsgeschenke“ feil. Im Sortiment auch „25 x Heimaterde“ in „einem hochattraktiven Acrylglas-Kasten mit 25 farbigen Wappen“. Desweiteren werden auch alte Buchtitel („Brandt ohne Maske“, „Genosse Kandidat“ und „Das rote Quartett“) von Joachim Siegerist und Konsorten verramscht.

■ **Hannover** - Die NPD mobilisiert für Samstag, den 19. Dezember zu einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung, die seit 8. November im hannoverschen Rathaus gezeigt wird. Nach Eigenangaben erwartet die rechtsextreme Partei zu dem Aufmarsch der „nationalen Kräfte“ 3 000 Teilnehmer. Als Redner sind der Parteivorsitzende Udo Voigt und der niedersächsische Landesvorsitzende Ulrich Eigenfeld vorgesehen.

■ **Heide/Köln** - Aus dem Luftwaffenamt in Köln war jetzt zu erfahren, daß der drei Wochen nach seiner Amtsübernahme als Bataillonskommandeur der Wulf-Isebrand-Kaserne im April in Heide wieder abberufene Andreas Proksa nicht wieder an seinen ursprünglichen Standort zurückkehren wird. Der 40jährige Oberstleutnant war in die Schlagzeilen geraten, weil er sich in den 70er Jahren als Autor rechtsextremer Periodika zur Verfügung stellte und bereits disziplinarrechtlich in der Kreisbehörde von Gummersbach belangt wurde. Eine Verleumdungsklage Proksas wurde 1990 vom Amtsgericht in Gummersbach abgewiesen. Das Gericht stellte über den zeitweiligen Abonnenten des antisemitischen Magazins „Bauernschaft“ fest, er habe rechtsextreme politische Thesen vertreten. Proksa räumte auf Nachfrage gegenüber dem Verteidigungsministerium ein, er habe seinerzeit aus Unerfahrenheit Äußerungen von sich gegeben, die einen falschen Anschein einer ihm nicht eigenen Gesinnung geweckt hätten. Über Proksas weitere dienstliche Verwendung bei der Bundeswehr war bei der Hardthöhe nichts in Erfahrung zu bringen (s. auch BNR 9/98).

■ **Horb** - Roberto Kammel, der „Fliegenwirt“ der rechtsextremen Szenekneipe „Comico“ in Horb am Neckar, wurde von der Stadtverwaltung Horb wegen diverser Vergehen gegen das Gaststättenrecht jüngst angezeigt. Außerdem droht Kammel weiteres juristisches Unbill durch den Oberbürgermeister der Stadt, der sich eine Strafanzeige gegen Kammel noch vorbehält. Kammel hatte vor kurzem den OB in einem offenen Brief bedroht und beleidigt. In der Person des Oberbürgermeisters sieht Kammel den Verantwortlichen für die rechtlichen Probleme seiner Gaststätte. „Wenn ich auf Grund der mir gegenüber, ‘im Namen des Volkes’ ausgestellten Strafzettel meine Familie nicht mehr ernähren kann, so werde ich zu Ihnen kommen und Ihnen Ihren, mit meinen Steuergeldern finanzierten Kühlschrank ausrauben“. Kammel versicherte in dem Brief weiter, daß dies keine Drohung sei, „sondern nur ein Versprechen meinerseits“. Bei den regelmäßigen, überregionalen Zusammenkünften im „Comico, so der Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg, sind bis zu 150 Personen aus dem süddeutschen Raum anwesend. Nach Berichten der lokalen Presse fanden sich bei Großveranstaltungen sogar bis zu 250 Rechtsextremisten ein. Kammel zählt „National orientierte Bürger und Skinheads aus ganz Deutschland und halb Europa“, tatsächlich aber vor allem aus Österreich und der Schweiz, zu seinen Gästen.

Erst am Samstag, den 12. Dezember hat wieder einmal ein „Koma-Saufen“ mit rund 120 Teilnehmern stattgefunden. Darunter befanden sich auch zahlreiche Rechtsextremisten aus der Schweiz. Der Pachtvertrag für das „Comico“ läuft im kommenden April aus, weshalb der Wirt bereits seit Monaten nach einer größeren Ausweichmöglichkeit sucht.

■ **Karlsruhe** - Das Landgericht Karlsruhe hat jüngst das Urteil des Amtsgerichts Bruchsal gegen den ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert bestätigt. Die Berufungsinstanz verwarf sowohl die Berufungsanträge von Deckert als auch von der Staatsanwaltschaft, die acht Monate Haft gefordert hatte. Deckert war im August dieses Jahres wegen Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt worden. Der Revisionist Deckert hatte mit Datum vom 8.Juni 1997 einen Brief an den Vorsitzenden des Dachauer Häftlingsverbandes Max Mannheimer geschickt, in dem er dessen NS-Verfolgung in Frage stellte. Zu einer Verurteilung wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener - sechs Angehörige Mannheimers wurden in den Konzentrationslagern ermordet - kam es nicht, da der Geschädigte seinen entsprechenden Strafantrag zurückgezogen hatte.

■ **Lemgo** - In einem Interview mit den „Politischen Hintergrund-Informationen (PHI) fordert der rechtsextreme Rechtsanwalt und Staats- und Völkerrechtler Hans Werner Bracht (1927 in Breslau geboren) den Zusammenschluß von DVU, DSU, NPD und „Bund Freier Bürger“ (BFB), dem er selbst „nahesteht, aber noch nicht angehört“. Bracht, Mitglied des „Witikobundes“ und Autor in den antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“, ist der Meinung, daß das „Deutsche Reich fortbesteht“ und deshalb dessen Rechte „noch alle offen“ sind“.

■ **Lingen** - Das Landeskriminalamt hat bei einer Durchsuchungsaktion im niedersächsischen Lingen gegen den bundesweit tätigen Vertreiber von Skin-CDs Jens Hessler eine sogenannte Vermögensabschöpfung vorgenommen. Die vorangegangenen Ermittlungen hätten ergeben, daß Hessler, Inhaber des „Nibelungen-Versands“ in Lingen, bei seinen illegalen Geschäften mehr als 180 000 Mark verdient haben dürfte. Die Fahnder stellten nun Werte in der entsprechenden Höhe sicher. Unter anderem beschlagnahmten sie zwei Autos und pfändeten Konten. Der 23jährige Hessler wurde verhaftet. Hessler, der seine rechtsextremistische Ware bisher überwiegend von „NS 88“ (Däne-

mark/Schweden) bezog, war maßgeblich am Vertrieb der gewaltaufhetzenden CD „Zillertaler Türkenjäger“ beteiligt. In einem Text zu der Melodie des Schlagers „Kreuzberger Nächte sind lang“, wurde zum Mord an türkischen Personen in der Bundesrepublik aufgerufen. „Ich streck ihn nieder mit einem einzigen Schuß. Das war's mit ihm, oh ist das ein Genuß“. Daß Hessler, der regelmäßig bei den „Rudolf-Heß-Gedenkmärschen“ mitmarschierte und an den „Hetendorfer Tagungswochen“ teilgenommen hat, mit dem Verkauf von brauner Propaganda gut verdiente, wollten seine Kameraden bis zuletzt nicht wahrhaben. So war noch unlängst im „Thule-Netz“ über den Neonazi zu lesen: „Er gehört nicht zu denjenigen, die sich durch die harte Arbeit unserer Künstler eine goldene Nase verdienen möchten. Er ist stets bemüht, unsere Bewegung mit guter nationaler Musik“ voranzutreiben“.

■ **München** - Im „Universitas“-Verlag, der zum Verlagsimperium von Herbert Fleissner gehört, ist das Buch „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland“ erschienen. Der Autor, so informiert der Verlag, zeigt in seinem 300 Seiten starken Buch „keine Angst vor Tabus, und das macht ihn in höchstem Maße unbequem. Er schert sich nicht um Rechts oder Links, um opportune oder gar nicht opportune Definitionen oder Themen, wenn es darum geht, der Zensur und den Zensoren nachzugehen. Er findet sie in behördlichen Institutionen, bei den Politikern und in den Redaktionen der Meinungsmacher“. Es handelt sich bei dem Autor um den 37jährigen Claus Nordbruch, der sowohl in der Bundesrepublik als auch in Südafrika politisch aktiv ist. In rechtsextremen Kreisen ist Nordbruch, Mitglied der rassistischen „Artgemeinschaft“ als Autor von einem halben Dutzend Büchern bekannt. Gerngesehener Referent ist er auch beim rechtsextremistischen „Hilfskomitee Südliches Afrika“, das eng mit „Nation+Europa“ zusammenarbeitet. Nordbruch unterhält Kontakte zu Alfred Mechttersheimers „Deutschland-Bewegung“ und ist in Südafrika Anführer einer Organisation namens „Friends of Freedom of Speech“. Vor der deutschen Botschaft führte diese am 28. Mai 1997 eine Demonstration „gegen die strafrechtliche Unterdrückung mißliebiger Meinungsäußerungen und Forschungsergebnisse in Deutschland“ durch.

■ **Neumünster** - Die erzkonservative Organisation „Deutscher Kreuzorden“ propagiert die christliche Lehre als streng religiöses Dogma, das andere Glaubensrichtungen wie etwa den Islam nicht dul-

det. Sprecher dieser Gruppierung ist Dietmar von Seht, Mitglied der „Deutschland-Bewegung“, Autor in der Parteizeitung „Der Republikaner“ und Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“. Seht will jetzt die fundamentalistische Aktion „Die Wende“ sowie die „Evangelische Notgemeinschaft“ mit seiner Organisation als „Ring offensiver Christen“ zusammenführen. Die Organisationen wollen Informationen austauschen und sich bei der Durchführung von Aktionen unterstützen.

■ **Stockstadt** - Zu einem Treffen im Raum Würzburg in der Zeit vom 16. bis zum 18. April 1999 lädt der „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“ die Bezieher der „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ ein. Zudem findet die 23. Gästewoche des „Freundskreises“ vom 11. bis zum 18. September kommenden Jahres unter dem Motto „Sozialismus - Erscheinungsform des Lebens in Natur und Kultur“ statt. In diesem Jahr nahmen nach Eigenangaben rund 200 Personen an der 22. Gästewoche teil. 1997 waren es nach Angaben des Verfassungsschutzes rund 150 deutsche Rechtsextremisten und weitere Personen aus dem Ausland, die sich in Altenberg (Sachsen) eingefunden hatten. Gegründet wurde der „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“ im Februar 1982 von der Multiaktivistin Lisbeth Grolitsch, Schriftleiterin der „Huttenbriefe“ und dem im vergangenen Jahr verstorbenen Altnazi Otto Ernst Remer.

■ **Stuttgart** - Die im Oktober vergangenen Jahres ins Leben gerufene rechtsextreme Sammelbewegung „Vereinigte Rechte“ distanziert sich in einem Rundschreiben vom 10. Dezember offiziell von der NPD ob deren politischer und ideologischer Orientierung (vgl. S. 7). Vorgeworfen werden der NPD Sympathiebekundungen für das kommunistische Nordkorea und die Öffnung der Partei „für sozialistische Wendehälse“ in Führungspositionen. Die „Vereinigte Rechte“ will daher denjenigen NPD-Basismitgliedern, die in Treue zu „einem nationalen Deutschland“ stehen, eine „politische Heimat“ bieten. Unterzeichnet wurde das Rundschreiben von Peter Liebchen, dem sächsischen Landesvorsitzenden der „Vereinigten Rechten“ und stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

■ **Wiesbaden** - Die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ und das „Schiller-Institut“, beide dem direkten Umfeld der dubiosen Politsekte „Patrioten für Deutschland“ zugehörig, fordern in einer Unterschriftenkampagne, daß Lyndon La Rouché zum Wirtschaftsberater von US-Präsident Clinton er-

nannt wird. In dem Appell, der in der Wochenzeitung „Neue Solidarität. ‘Nun kommt die Schillerzeit’“ veröffentlicht ist, heißt es u.a.: „Allein der Wirtschaftswissenschaftler Lyndon LaRouche hat seit langem davor gewarnt, daß die Kette von Fehlentscheidungen im Rahmen neoliberaler Wirtschaftspolitik der vergangenen dreißig Jahre in eine Systemkrise münden müsse. Er hat recht behalten“. Unterzeichnet wurde der Aufruf auch von dem ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden der im Landtag von Sachsen-Anhalt, Hans-Herbert Haase.

Ausland

■ **Frankreich (Paris)** - „Levy geht so oft zum Ofen, daß er sich am Ende verbrennt“. Diese unzweideutig antisemitische Äußerung über einen unbequemen Staatsanwalt in Toulon, der einen erkennbar jüdischen Namen trägt und in der (vom „Front National“ regierten) Stadt schon häufig mit der extremen Rechten in Konflikt geraten ist, findet sich in der Zeitschrift der rechtsorientierten französischen Richtergewerkschaft APM. Der Autor, Alain Terrail, ist der rangmäßig dritthöchste Staatsanwalt in ganz Frankreich. Die APM war 1981 gegründet worden, um den „Widerstand“ gegen die damaligen Reformen des sozialistischen Justizministers Badinter und insbesondere gegen die Abschaffung der Todesstrafe zu organisieren. Nach dem Skandal, den Terrails Artikel Anfang Dezember hervorrief, hat der APM-Präsident Georges Fenesch schließlich die Auflösung des Vereins vorgeschlagen.

■ **Italien (Bozen)** - Der Mitbegründer der Südtiroler „Freiheitlichen“, Peter Paul Rainer, wurde in einem Berufungsverfahren in Trient freigesprochen. In erster Instanz war der 31jährige Rainer wegen Mordes an seinem langjährigen Freund und politischen Weggefährten Christian Waldner zu 22 Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. Waldner, Gründungsinitiator des Südtiroler FPÖ-Ablegers „Freiheitliche“, Autor in der „Jungen Freiheit“ und „Nation+Europa“ wurde am 16. Februar 1997 erschossen aufgefunden. Ausschlaggebend für das Gericht in Bozen war im Sommer 1997 das Geständnis Rainers gewesen, das dieser jedoch widerrufen hatte. Bisher wurde angenommen, daß Waldner deshalb sterben mußte, weil er öffentlich machen wollte, daß Rainer seine akademische Laufbahn mit einem gefälschten Abiturzeugnis begann. Waldner hatte zum Zeitpunkt seiner Ermordung einen Wechsel zur „Lega Nord“ geplant.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

■ **Österreich (Ried im Innkreis)** - Der 65jährige Neonazi Karl Polacek, Ex-FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen, wurde von den Geschworenen im österreichischen Ried wegen NS-Wiederbetätigung im Sinne der Anklage für schuldig befunden. Der Österreicher erhielt zwei Jahre auf Bewährung, sechs Monate soll er einsitzen. Die Staatsanwaltschaft warf Polacek, der 1992 wegen latenter Gewaltbereitschaft aus der Bundesrepublik ausgewiesen wurde, vor, als Verantwortlicher für die Schriftleitung der neonazistischen Blätter „Braunauer Ausguck“ und „Schulungsbrieft“ NS-Gedankengut verbreitet, die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden im Dritten Reich geleugnet und Gewalt verherrlicht zu haben.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto